

POLITISCHE POSITIONEN DER PAPIER- UND ZELLSTOFFINDUSTRIE

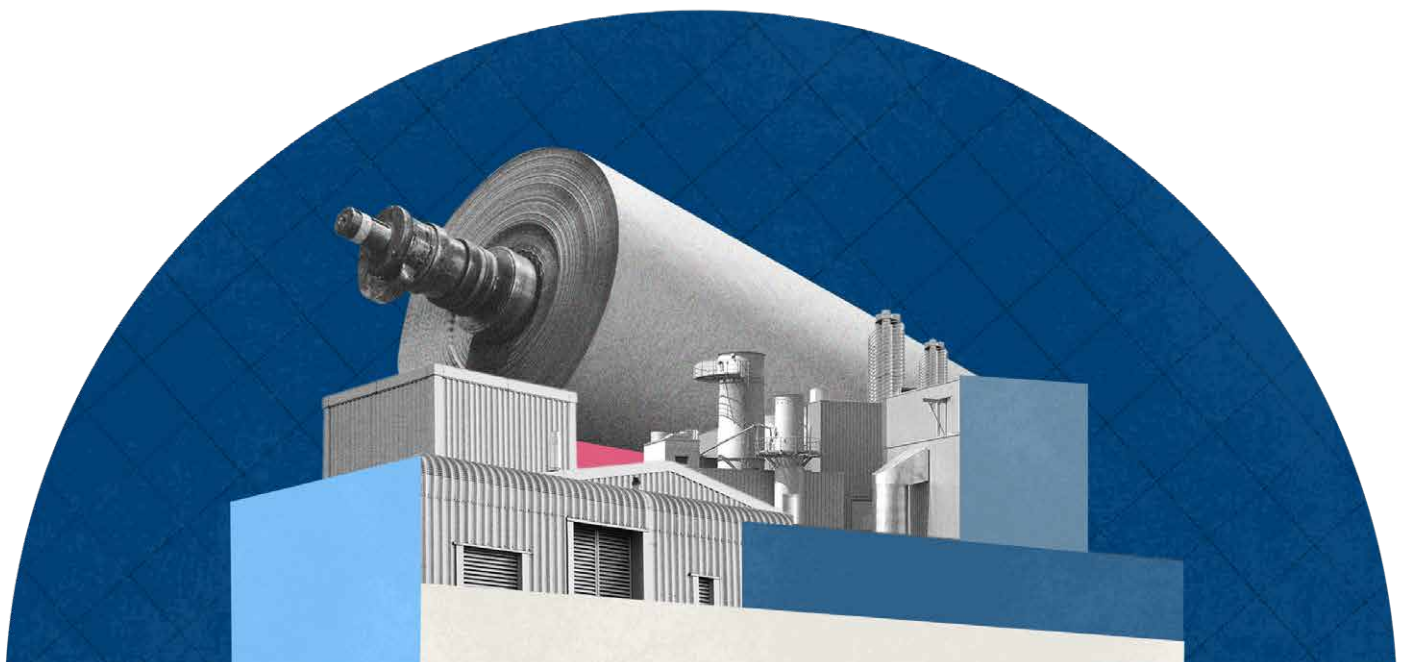


VORWORT

DIE PAPIERINDUSTRIE VIELSEITIG. NACHHALTIG. INNOVATIV.

Von Toilettenpapier und Zeitungspapier bis hin zu faserbasierten Verpackungslösungen für nachhaltige und zukunftsweisende Innovationen – Papier spielt eine zentrale Rolle in unserem täglichen Leben. Als größter Hersteller von Papier und Zellstoff in Europa produziert die heimische Papier- und Zellstoffindustrie unverzichtbare Güter. Wesentliche Teile unserer industriellen und kommerziellen Wertschöpfungsketten sind zudem ein perfektes Beispiel für gelebte Kreislaufwirtschaft. Nachhaltigkeit ist tief in unserem Selbstverständnis verankert. Unsere Produkte werden aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellt und sind auf Kreislauffähigkeit ausgelegt und damit ein Teil der Bioökonomie. Papier erzeugende und verarbeitende Unternehmen arbeiten kontinuierlich daran, ihre Produktionsmethoden zu verbessern, sie umweltfreundlicher zu gestalten und innovative Produkte zu entwickeln, um eine fortschrittliche, zukunftssichere Industrie in Deutschland zu fördern.

Die Papier- und Zellstoffindustrie trägt mit ihrer industriellen Wertschöpfung erheblich zur deutschen Volkswirtschaft bei: Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass der ökonomische Effekt dieser Grundstoffindustrie einschließlich vor- und nachgelagerter Wertschöpfungsketten in Deutschland im Jahr 2020 mehr als 500.000 Arbeitsplätze sicherte und einen Umsatz von über 90 Milliarden Euro generierte. Unsere Papier- und Zellstoffindustrie ist eine Schlüsselbranche, die mit ihrer Innovationskraft die Klimaschutzlösungen von morgen entwickelt. Deshalb muss Deutschland als Land weiterhin offen für industrielle Innovationen und Produktion bleiben. Dafür müssen eine stabile und wirtschaftliche Energieversorgung sowie wettbewerbsfähige Energiepreise in Deutschland sichergestellt werden, damit Unternehmen Planungssicherheit am deutschen Standort haben.



Derzeit steht die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie vor erheblichen Herausforderungen. Steigende Energiekosten und Überregulierung belasten die Hersteller von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe stark. Anlagen stehen vor der Schließung und Papiermaschinen werden stillgelegt. Die Zahlen für das Jahr 2023 sprechen eine klare Sprache: Die Produktion von Papier- und Kartonprodukten in Deutschland sank um 14 Prozent, der Absatz brach um 13 Prozent ein und der Branchenumsatz fiel um 27 Prozent. Damit erreichte die heimische Produktion von Papier und Pappe den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Und die bisherigen Zahlen für das Jahr 2024 belegen, dass sich diese schwierige wirtschaftliche Entwicklung leider fortsetzt.

Als Teil der Bioökonomie ist die Papier- und Zellstoffindustrie ein wesentlicher Bestandteil der Lösung für eine beständige Kreislaufwirtschaft. Sie basiert auf

nachwachsenden Rohstoffen, hat eine Altpapiereinsatzquote von 83 Prozent und investiert in die Transformation. Jüngstes Beispiel: Von den 15 Industrieunternehmen, die aus der Förderung zur Klimaneutralität des Bundeswirtschaftsministeriums Fördermittel erhalten, stammen allein vier aus der Papierbranche.

Die Papierindustrie kann die wirtschaftlichen Probleme nur bewältigen, wenn Deutschland seine globale Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangt. Dafür braucht es eine gelungene Wirtschafts- und Standortpolitik sowie den Willen, die industrielle Wertschöpfung in Deutschland zu fördern. Dafür haben die rund 100 Mitglieder des Verbandes konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen erarbeitet, die sie der Politik in diesem Programm zur Verfügung stellen.

Gezeichnet

Hans-Christoph Gallenkamp, Präsident

Alexander von Reibnitz, Hauptgeschäftsführer



Hans-Christoph Gallenkamp
Präsident



Alexander von Reibnitz
Hauptgeschäftsführer

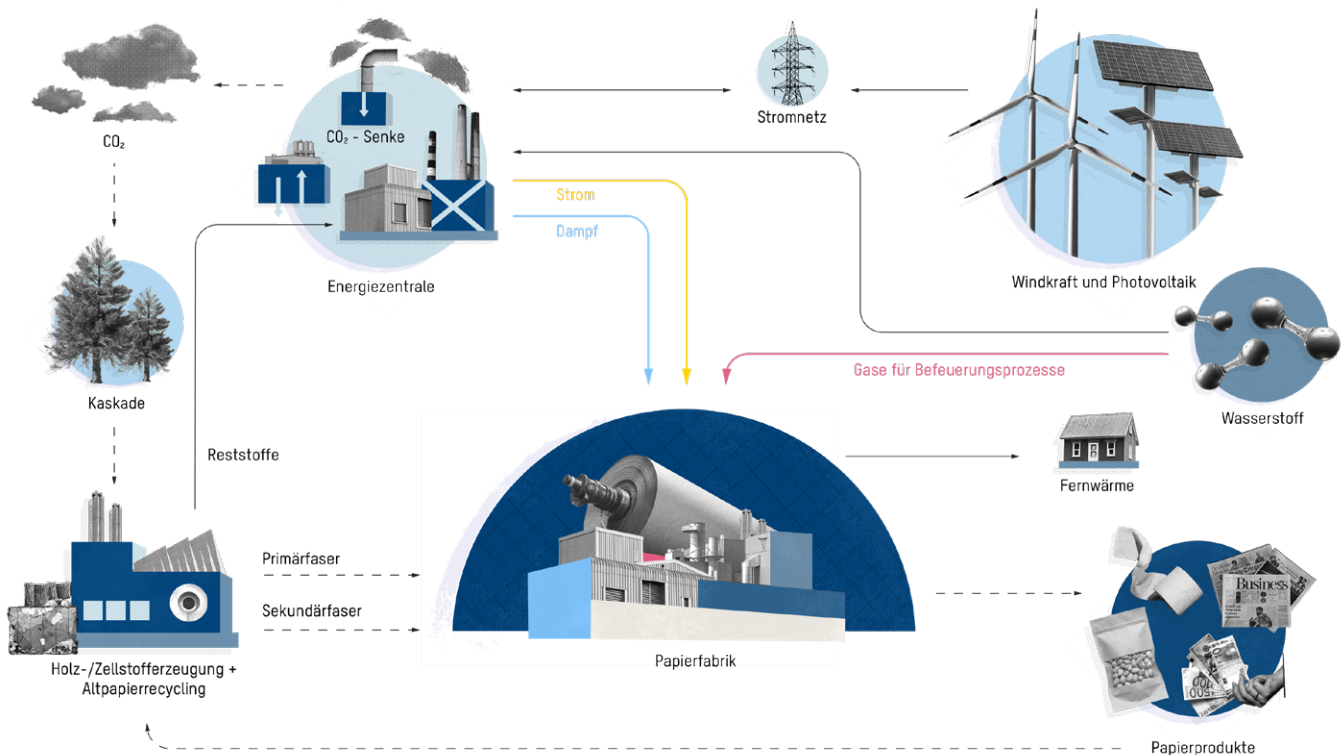
1. ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

SICHERE UND WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG ALS GRUNDLAGE FÜR DIE TRANSFORMATION

Die Energiekosten in Deutschland sind derzeit nicht wettbewerbsfähig. Grund hierfür ist unter anderem der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Die Energiekosten haben das Vorkrisenniveau (2018/2019) nicht wieder erreicht. Betroffen sind besonders energieintensive Unternehmen, zu denen auch die Betriebe der Papier- und Zellstoffindustrie gehören. Um die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland mittel- bis langfristig zu erhalten, werden wir noch deutlich mehr Mengen an nachhaltig produzierter und bezahlbarer Energie benötigen. Der Fokus liegt dabei auf Strom als Enabler für die Transformation.

TIMING STATT QUANTITÄT BEIM AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN:

Die Transformation darf nicht nur durch Verbote oder eine einseitige Verteuerung fossiler Energien forciert werden. Stattdessen muss der Ausbau von erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Infrastruktur weiter gefördert werden. Dabei ist jedoch ein Umdenken notwendig: Es kommt nicht mehr nur auf die Menge an, sondern auch auf den richtigen Zeitpunkt der Einspeisung. Die volatilen Erneuerbaren wie Wind und Solar produzieren immer mehr zu Zeiten, in denen die Energie nicht abgenommen werden kann. Dem muss durch eine neu justierte Anreizsetzung entgegen gewirkt werden, die eine EE-Einspeisung insbesondere zu den Zeiten belohnt, zu denen ihr Anteil insgesamt gering ist. Ob dies durch eine angepasste Ausrichtung von Solaranlagen, durch Speicher oder durch andere Mittel erreicht wird, sollte dabei den Betreibern selbst überlassen werden. Ziele der Neujustierung sollten eine marktnahe Einspeisevergütung sowie Anreize zur Begrenzung der Netzausbaukosten sein, beispielsweise durch eine Beteiligung an diesen Kosten.



DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **den qualitativen Ausbau der Erneuerbaren und des Stromnetzes weiter zu fördern:**
- **EE-Förderung auf zeitlichen Bedarf ausrichten und marktnah ausgestalten**
 - **volatile Einspeiser an den Netzkosten beteiligen**
 - **Netzentgeltentlastung für die Industrie, auch für den stromintensiven Mittelstand, auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sicherstellen**
 - **Anpassung der Netzentgelte durch Umschichtung der Transformationskosten (Redispatch, Umlage für gesicherte Kapazität, ...) in Umlage oder Haushalt**
 - **Zuschuss zu Übertragungsnetzentgelten aus dem Haushalt**

- **den Gaspreis von Abgaben, Umlagen und Steuern zu befreien:**
- **Abschaffung der Gasspeicherumlage**
 - **Anhebung des Steuerreduktionssatzes nach § 54 (2) Nr. 2 EnergieStG auf 5 Euro pro Megawattstunde**
 - **Entlastung bei Gasnetznutzungsentgelten**

INFRASTRUKTURKOSTEN IM STROMBEREICH SENKEN:

Der Ausbau der Erneuerbaren verlagert einen Großteil der Kosten in das Stromnetz, sodass allein die Standardindustrienetzentgelte mittlerweile höher sind als die Börsenstrompreise vieler internationaler Wettbewerber. Die Netzentgelte müssen angepasst werden, um den neuen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Insbesondere die energiewendebedingten Kosten wie Redispatch sollten in den Haushalt oder in eine Umlage umgeschichtet werden und die erneuerbaren Energien müssen als Netzkostentreiber zukünftig an diesen beteiligt werden (G-Komponente), um Anreize für einen kosteneffizienten Netzausbau zu setzen. Zudem müssen stromintensive Branchen wie die Papierindustrie auch weiterhin über Sonderindustrienetzentgelte eine Entlastung auf ein wettbewerbsfähiges Niveau erhalten.

STROM- UND ERDGASPREIS SPIELEN EINE SCHLÜSSELROLLE FÜR DIE TRANSFORMATION:

Industrielle Transformationsstrategien, auch in der Papierindustrie, setzen vor allem auf Strom oder auf grüne Gase wie Wasserstoff. Bis jedoch ausreichend Wasserstoff zur Verfügung steht, müssen die Unternehmen auf Erdgas als Brückentechnologie setzen. Auch im Strombereich spielt Erdgas noch eine wichtige Übergangsrolle. Dort schlägt der Erdgaspreis mit einem Faktor von ungefähr 2,5 auf den Börsenstrompreis durch. Erdgas hat eine entscheidende Übergangsfunktion für die Transformation und sollte daher politisch unterstützt und nicht behindert werden. Der Erdgaspreis für die Industrie sollte bis zur ausreichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff von Abgaben, Umlagen und Steuern befreit werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Unternehmen kurzfristig wettbewerbsfähig bleiben und die für die Transformation notwendigen Investitionen auf den Weg bringen können.

KLIMASCHUTZ IN DER INDUSTRIE FÖRDERN

Der Klimawandel ist eine der wesentlichen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Für eine sozialverträgliche und nachhaltig wirksame Reduzierung der Treibhausgase bedarf es einer starken Wirtschaft, die Wohlstand sichert und die für die Transformation notwendige technische Umstellung in Deutschland vollzieht. Die Unternehmen der Papier- und Zellstoffindustrie leisten dazu schon heute ihren Beitrag. Unsere Industrie hat ihre Emissionen in Deutschland konsequent verringert. Seit 1995 wurden die Treibhausgasemissionen pro Tonne Papier um 45 Prozent reduziert. Eine weitere Reduzierung ist technisch möglich, erfordert jedoch politische Unterstützung.

Aktuell spüren viele Unternehmen – auch die der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie – die schwierige wirtschaftliche Lage. Es drohen Wohlstands- und Arbeitsplatzverluste. Aus wirtschaftlichen Gründen kommt es in der Folge zu Produktionsverlagerungen ins (meist nicht europäische) Ausland, was in vielen Fällen zu insgesamt höheren Treibhausgasemissionen führt. Nur eine starke deutsche Wirtschaft kann die Rolle als globaler Transformationsmotor ausfüllen.

Zum Ziel der Klimaneutralität kann die Papier- und Zellstoffindustrie sogar mit Negativemissionen beitragen, wenn die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) umfassend ermöglicht wird. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen und ausreichende politische Unterstützung. Die Kosten für die Verringerung von Emissionen steigen zunehmend an, da die vergleichsweise leicht umzusetzenden Maßnahmen größtenteils realisiert worden sind. Diese Mehrbelastung kann unsere im internationalen Wettbewerb stehende Industrie allein nicht schultern. Um den Weg der klimafreundlichen Transformation weiterzugehen,

benötigen wir politische Unterstützung in Form von wettbewerbsfähigen Energiekosten und Förderung von Transformationsprojekten.

PLANUNGSSICHERHEIT FÜR DIE INDUSTRIE SCHAFFEN

Aktuelle Überlegungen zur Transformation in Richtung Klimaschutz haben ein Zeitfenster von Jahrzehnten und gehen somit weit über eine Legislaturperiode hinaus. Daher sollte auch die Förderpolitik der Bundesregierung langfristig ausgerichtet sein.

Dafür sind die folgenden Aspekte besonders entscheidend:

Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) verlängern: Erfolgreiche Instrumente wie die Förderung der KWK müssen verlängert und möglichst erweitert werden. Dazu zählt eine Erhöhung der Fördersätze, um die Verringerung der förderfähigen Vollbenutzungsstunden zu kompensieren.

Neu gestartete Förderinstrumente weiterentwickeln: Klimaschutzverträge (KSV) und die Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK) müssen so weiterentwickelt werden, dass sie einfach und möglichst unbürokratisch angewendet werden können. Hier muss auf unternehmerische Freiheit und Technologieoffenheit gesetzt werden.

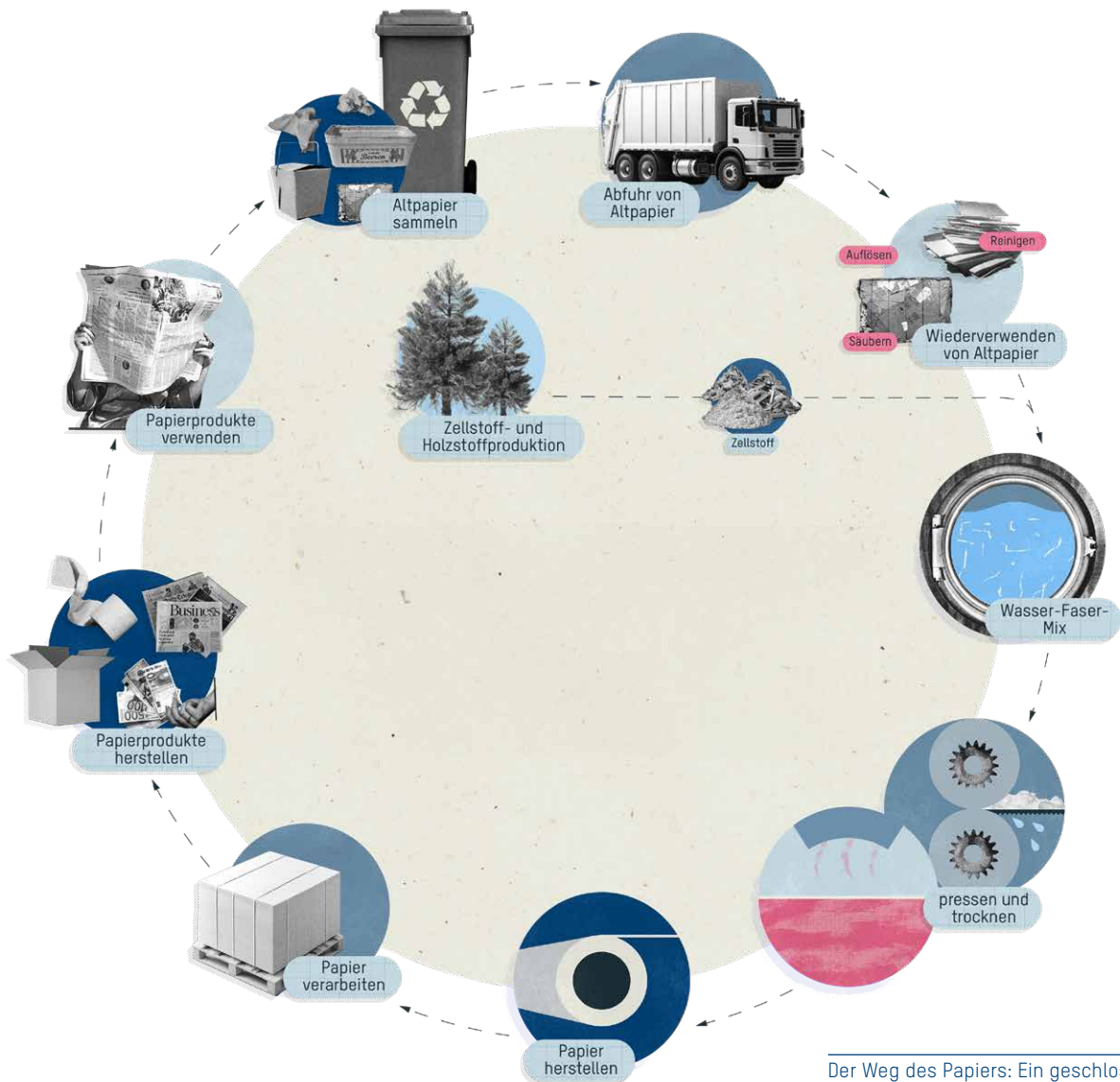
Breite Transformationsunterstützung für Unternehmen: Ein neues Wachstumsprogramm ist notwendig, beispielsweise durch die Förderung einer lokalen EE-Erzeugung mit gleichzeitiger lokaler Nutzung. Zusätzlich müssen die fehlenden Netzanschlusskapazitäten angegangen und der Ausbau mit einer entsprechenden Förderung unterstützt werden.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **die KWK-Förderung zu verlängern und zu erweitern, um Planungssicherheit herzustellen.**
- **die KSV und die BIK unbürokratisch weiterzuentwickeln, sodass unternehmerische Freiheiten nicht eingeschränkt werden.**
- **eine breite Industrieförderung durch ein neues Wachstumsprogramm zu ermöglichen.**

Nur gemeinsam können Wirtschaft und Politik das Ziel der Klimaneutralität erreichen. Die Unternehmen der Papier- und Zellstoffindustrie sind bereit, können die Last der wirtschaftlichen Transformation aber nicht allein stemmen. Damit diese dennoch gelingt, sind die zuvor genannten Maßnahmen in der kommenden Legislaturperiode wichtige Hebel.

2. KREISLAUFWIRTSCHAFT



Der Weg des Papiers: Ein geschlossener Kreislauf

HOLZ, ZELLSTOFF, ALTPAPIER – GLEICHBERECHTIGT

Papiere aus Primärfasern (Holz und Zellstoff) und solche aus Sekundärfasern (Altpapier) sind zwei Seiten einer Medaille. Die Altpapiereinsatzquote in Deutschland von 83 Prozent ist international ein absoluter Spitzenwert. Der Altpapierkreislauf kann jedoch nur durch ständige Zufuhr frischer Fasern erhalten bleiben. Dies geschieht entweder direkt über den Eintrag von Zellstoff oder über Primärfaserpapiere, die nach Gebrauch mit ihren jungen Fasern den Recyclingkreislauf stärken. Alle Primärfasern, die in der Papier- und Zellstoffindustrie in Deutschland eingesetzt werden, stammen aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und sind oftmals zusätzlich zertifiziert.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

↗ alle Rohstoffarten in der Papier- und Zellstoffindustrie gleichwertig zu behandeln.

MEHR PRODUKTVERANTWORTUNG FÜR DIE PAPIERINDUSTRIE

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. unterstützt gemeinsam mit den Herstellern von Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton (PPK) mit Nachdruck das Ziel der Bundesregierung, die Wiederverwertung von Papieren weiter zu verbessern. Schon heute ist die Branche durch die hochwertige Kreislaufführung von Altpapier ein Vorreiter in Sachen Kreislaufwirtschaft und ein Teil der Bioökonomie.

Die Potenziale sind damit aber noch nicht erschöpft: Die Papierindustrie könnte durch eine stärkere Produktverantwortung die Wiederverwertungsquote für PPK sogar erhöhen. Dafür entscheidend ist, dass die Industrie das Vertrauen erhält, weitgehend selbstständig für die hochwertige Verwertung und Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen zu sorgen. Die erfolgreiche Selbstverpflichtung der Arbeitsgemeinschaft Graphische Papiere (AGRAPA), die eine Verwertungsgarantie gibt, ist hierfür beispielhaft. Dies könnte durch eine Verwertungsgarantie für PPK-Verpackungen ergänzt werden, die auf die bestehenden Strukturen im Bereich der gewerblichen Abfallsammlung und Verwertung aufsetzen und diese nachhaltig stärken würde.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **ihr mehr Verantwortung zu übertragen, damit das Recycling von Papier in Deutschland weiter verbessert werden kann.**

GETRENNTERFASSUNG VON ALTPAPIER – SCHLÜSSEL DES ERFOLGS

Das Altpapierrecycling in Deutschland ist durch eine qualitativ hochwertige Getrenntsammlung von Altpapier gekennzeichnet. Die Erfassung in den Kommunen bzw. in den gewerblichen Anfallstellen, die Bereitstellung durch Kommunen oder die Entsorgungswirtschaft und das Recycling in den Papierfabriken sind die Grundlage für ein seit vielen Jahren bewährtes System mit einer hohen Altpapierqualität und einer hohen Altpapierrücklaufquote von 79 Prozent. Qualitätsstandard für alle Beteiligten an der Wertschöpfungskette Altpapier muss die Altpapierstandardsortenliste EN- bzw. DIN-Norm 643 sein. Die Kommunen müssen sich – wie die dualen Systeme – stärker mit Initiativen zur Reduzierung von Fehlwürfen in der blauen Tonne an einer erfolgreichen Getrennterfassung von Altpapier beteiligen.

Die konsequente Getrennterfassung muss als Schlüssel des Erfolgs beibehalten und, wo notwendig, ausgebaut werden. Wir fordern eine verpflichtende Getrenntsammlung in Deutschland und in der Europäischen Union. Für Deutschland ist zudem eine einheitliche Kennzeichnung erforderlich, um eine richtige Trennung und Entsorgung von PPK-Verpackungen über die blaue Tonne zu gewährleisten.



ENDE DER ABFALLEIGENSCHAFT FÜR ALTPAPIER

Eine harmonisierte Betrachtung von Altpapier innerhalb Deutschlands als Rohstoff würde eine grenzüberschreitende Abfallverbringung und damit den Altpapiereinsatz in Papierfabriken erleichtern und fördern.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **dass Altpapier bereits mit dem Abschluss des Sortiervorgangs bzw. bei Sortenreinheit nach DIN EN 643 seine Abfalleigenschaft einheitlich innerhalb Deutschlands verliert und als Rohstoff behandelt wird.**

FAKTENBASIERTE DEBATTE ÜBER VERPACKUNGEN – EU-BEISPIEL FOLGEN

Geschlossene Kreislaufführung, hoher Sekundärmaterialgehalt und eine nachwachsende Rohstoffbasis – das sind nur drei Gründe, warum PPK-Verpackungen in vielen Anwendungsbereichen ökologisch und klimapolitisch sinnvolle Lösungen darstellen. Wir begrüßen deshalb, dass diese Vorteile auch in der neuen europäischen Verpackungsverordnung (PPWR) anerkannt werden.

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, die neuen Vorgaben praxisnah umzusetzen und die Umweltprofile von Verpackungen weiter zu verringern. Die PPWR wird auch Anpassungen am Verpackungsgesetz notwendig machen. Ideologische Debatten helfen uns dabei nicht weiter.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **mögliche Änderungen am Verpackungsgesetz faktenbasiert und nur auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, beispielsweise durch Ökobilanzen, umzusetzen.**

BIOENERGIE – VORRANG FÜR KASKADENNUTZUNG

Anlässlich des Kohleausstiegs wird diskutiert, Kohlekraftwerken die Option einer Biomassenutzung anzubieten und diese finanziell zu unterstützen. Die staatliche Förderpolitik hat bereits zu einem starken Anstieg von Biomassenutzung zur Energieerzeugung geführt. Eine weitere Förderung der Biomasseverbrennung, bei der im hohen Maße Holzqualitäten eingesetzt werden, die auch für den stofflichen Sektor nutzbar sind, sollte jedoch unbedingt unterbleiben. Sie könnte dazu führen, dass stofflichen Holznutzern – wie der Papier- und Zellstoffindustrie – der Rohstoff Holz entzogen wird und Marktverzerrungen ausgelöst werden. Zudem wird dadurch die Strategie der Kaskadennutzung und der damit verbundenen, dringend benötigten Steigerung der Rohstoffproduktivität, Ressourceneffizienz und Wertschöpfung in Deutschland konterkariert und weiter geschwächt. Im Zuge des Ausbaus der Bioökonomie zur Substitution fossiler Rohstoffe dürfte darüber hinaus künftig der Rohstoff Holz auch hier verstärkt nachgefragt werden. Gleichzeitig benötigen viele energieintensive Industrien Biomasse für ihre Transformation hin zur Klimaneutralität.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **der Kaskadennutzung des wertvollen Rohstoffs Holz Priorität einzuräumen. Holzrohstoffe oder daraus hergestellte Produkte müssen in zeitlich aufeinander folgenden Schritten so lange, so häufig und so effizient wie möglich stofflich genutzt und dürfen erst am Ende des Produktlebenszyklus energetisch verwertet werden. Zu diesen energetisch nutzbaren Sortimenten sollten insbesondere jene Industriezweige vorrangig Zugang haben, die ihre Prozesse nicht vollständig dekarbonisieren können.**

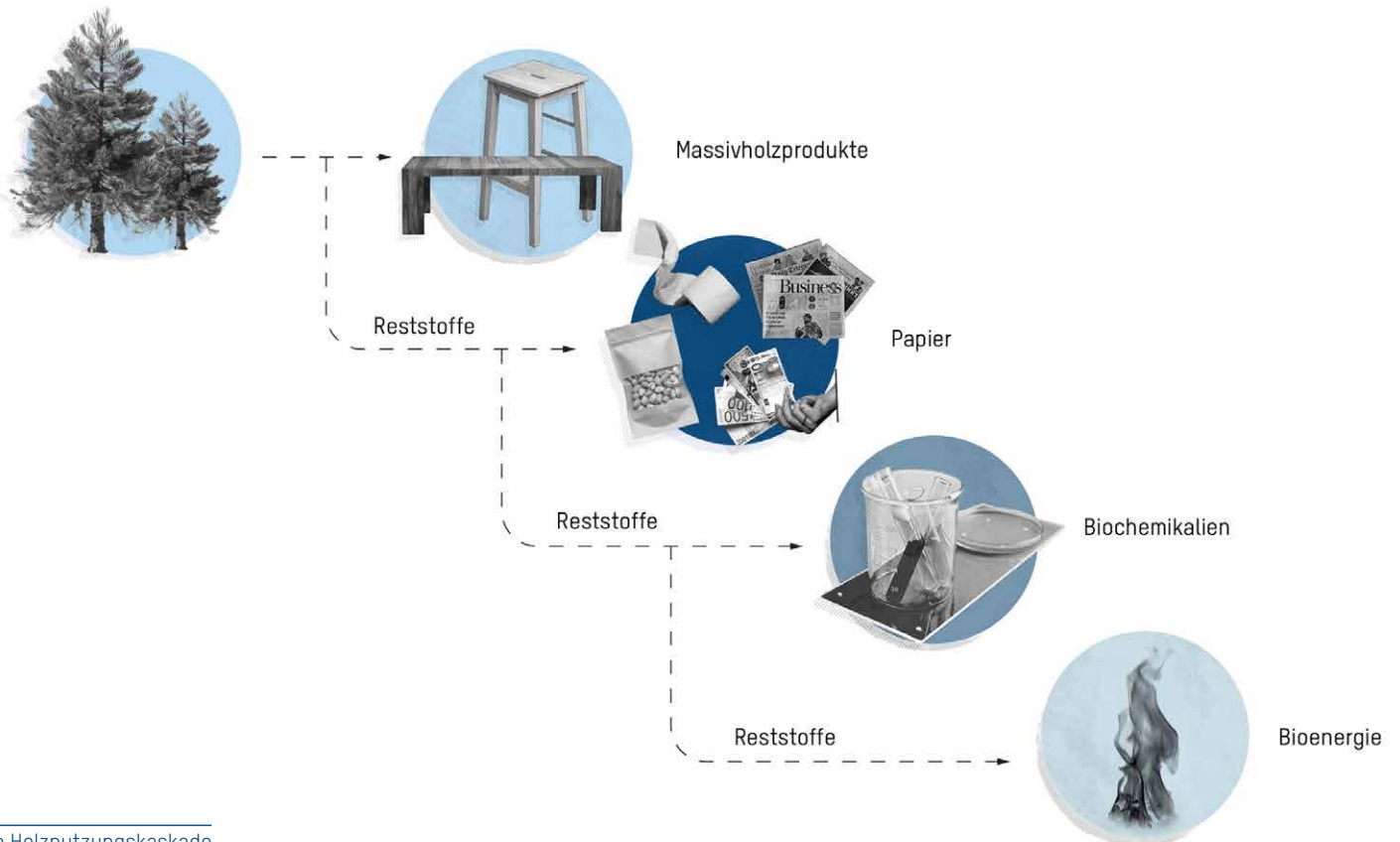
3. ROHSTOFFE

NACHHALTIGE HOLZNUTZUNG SICHERSTELLEN

Durch die anhaltende Diskussion um politisch induzierte Nutzungsverbote in deutschen Wäldern befürchtet die Papier- und Zellstoffindustrie, dass der nachhaltige Rohstoff Holz zunehmend für ihre Betriebe nicht mehr in ausreichender Menge verfügbar sein könnte. Durch Förderungen wird die Extensivierung der Holznutzung zusätzlich angeregt. Gerade die nachhaltige Holznutzung in unseren heimischen Wäldern ist im Sinne des Klimaschutzes jedoch sehr sinnvoll. Deutschland benötigt deshalb ein entsprechendes Rohstoffkonzept. Dieses muss sicherstellen, dass die Holznutzung und der Natur- und Artenschutz miteinander in Einklang gebracht werden. Pauschale Nutzungsverbote und eine Ausweisung neuer Schutzgebiete aus ideologischen Gründen darf es in der zukünftigen Waldstrategie und in der Biodiversitätsstrategie nicht mehr geben. Derartige Zielkonflikte sollten künftig konstruktiv und im Dialog aufgelöst werden. Die Papier- und Zellstoffindustrie steht dafür gerne zur Verfügung.

DIE PAPIER-INDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

➤ keine pauschalen Nutzungsverbote in der Forstwirtschaft auszusprechen und keine weitere Ausweisung neuer Schutzgebiete vorzunehmen, wenn deren Nutzen im Sinne einer Güterabwägung nicht hinreichend belegt werden kann. Darüber hinaus sollten Fördermittel, die dringend für den Waldumbau benötigt werden, sicher zur Verfügung gestellt werden, anstatt Förderanreize für eine Einschränkung der Nutzung zu schaffen.



Die Holznutzungskaskade

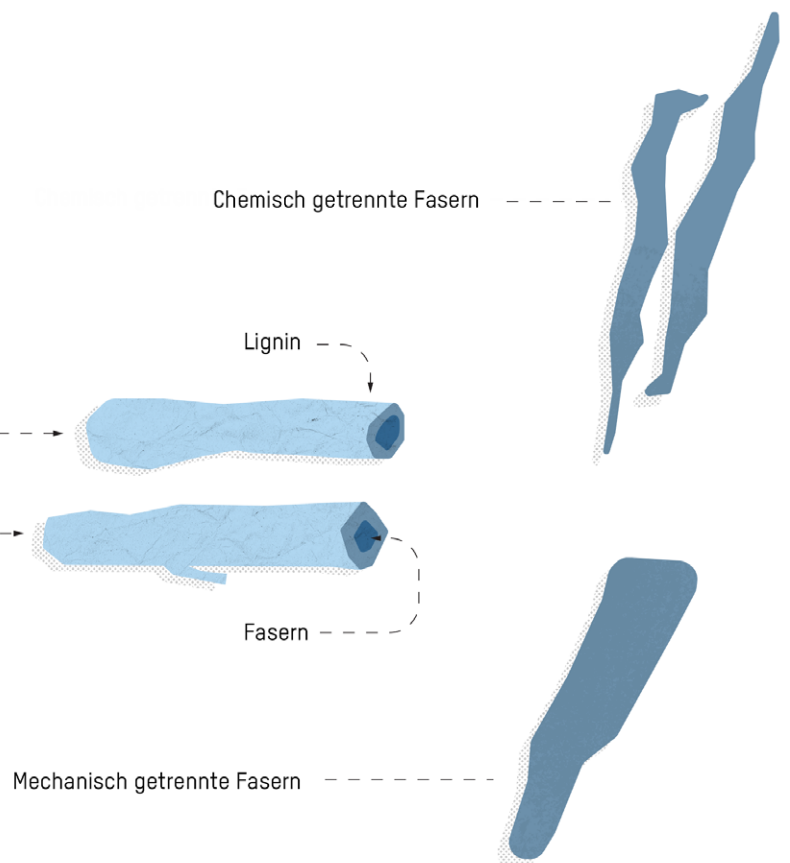
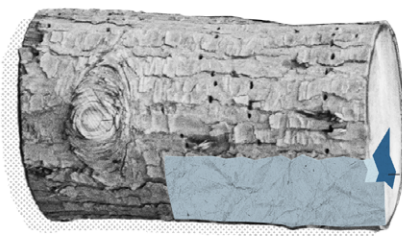
WALDBAU – BEWÄHRTEN DREIKLANG BEIBEHALTEN

Durch extreme Witterungsereignisse und anschließende Insektenkalamitäten in den vergangenen Jahren sind aktuell über 500.000 Hektar wieder aufzuforsten. Diese Aufforstungen und der aktive Umbau zu klimastabileren Wäldern werden künftig die großen Herausforderungen der Forst- und Holzwirtschaft sein. Grundlage muss der bewährte ökologische, ökonomische sowie sozialgesellschaftliche Anforderungsdreiklang an die Zukunftswälder sein. Stabile Mischwälder werden diesen Aspekten gerecht.

Aus Sicht des Verbandes DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. muss auch künftig ein ausreichender Nadelholzanteil berücksichtigt werden, da bei vielen Anwendungen (noch) nicht auf den Einsatz von Nadelholz verzichtet werden kann. Diese Aspekte müssen sich auch in der Bundeswaldstrategie 2050 wiederfinden.

DEN WALD ENTBÜROKRATISIEREN

Nicht nur der Staatswald, sondern auch die anderen Waldbesitzarten sehen sich mit einer zunehmenden Anzahl von rechtlichen Eingriffen in die Waldwirtschaft konfrontiert. Insbesondere aus der EU werden über das Umweltrecht immer mehr direkte und indirekte Anforderungen an die Waldbewirtschaftung gestellt (EU-Deforestation Regulation, EU-Nature Restoration Law, EU-Forest Monitoring Law etc.). Auch auf deutscher Ebene wird zunehmend ein regulatorischer Eingriff in die Waldbewirtschaftung gefordert (Novelle Bundeswaldgesetz).



Holzstruktur

DIE PAPIER-INDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

➤ **der zunehmenden Bürokratisierung des Waldes entgegenzuwirken, indem sie sich in Europa für möglichst einfache und praxisnahe Regelungen einsetzt und sich bei der nationalen Umsetzung auf Eins-zu-eins-Umsetzungen beschränkt. Weitere nationale Eingriffe sollten unterlassen werden. Die Waldbesitzenden kennen ihre Wälder am besten und können nur mit möglichst hohen Freiheitsgraden vielfältige und zukunftsfähige Wälder schaffen, damit diese weiter ihre wertvollen Ökosystemleistungen erbringen können.**

WASSER – VERSORGUNG SICHERSTELLEN

Zur Herstellung von nachhaltigen Produkten nutzt die Papier- und Zellstoffindustrie jährlich etwa 213 Millionen Kubikmeter Wasser. Das in den Fabriken verwendete Wasser wird hauptsächlich für die Aufbereitung von Rohstoffen wie Altpapier, Zellstoff oder Holzstoff benötigt und ist unverzichtbar für den gesamten Herstellungsprozess. 2022 stammten fast 80 Prozent des in der Branche genutzten Wassers aus Oberflächengewässern, während etwa 20 Prozent aus Brunnen oder Quellen gespeist wurden. Wasser aus der öffentlichen Wasserversorgung wird mit lediglich ca. 1 Prozent nur in Ausnahmefällen bezogen.

Der weitaus überwiegende Teil des eingesetzten Wassers wird in Kreisläufen genutzt. Etwa 90 Prozent des in der Papier- und Zellstoffherstellung verwendeten Wassers wird nach mehrfacher Nutzung in betriebs-eigenen oder kommunalen Kläranlagen gereinigt und in die Oberflächengewässer zurückgeleitet. Die restlichen 10 Prozent gelangen als Wasserdampf in die Atmosphäre. Der spezifische Wasserbedarf für die Papier- und Zellstoffproduktion ist in den letzten Jahren kontinuierlich auf etwa 8,6 Liter pro Kilogramm Produkt gesunken.

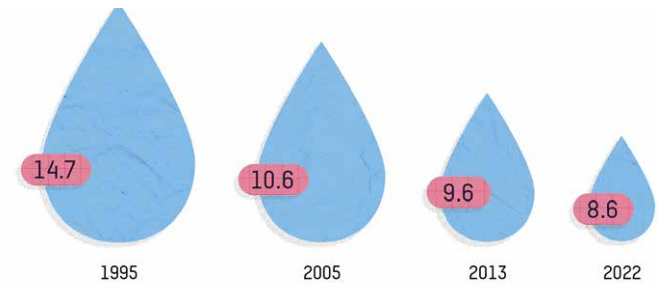
DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF:

- **Papierprodukte wie beispielsweise Hygienepapiere und Verpackungen tragen maßgeblich zur Grundversorgung der Bevölkerung bei. Daher muss Wasser auch bei regionaler Knappheit für die Papier- und Zellstoffindustrie zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen verfügbar bleiben. Die Industrie braucht kontinuierlich Wasser in guter Qualität und ausreichender Menge. Es dürfen keine Beschränkungen von Wasserentnahmemengen festgelegt und keine unverhältnismäßigen Anforderungen bezüglich der Einleittemperaturen gestellt werden.**
- **Langwierige und komplizierte wasserrechtliche Genehmigungsverfahren mit ungewissem Ausgang müssen vermieden und stattdessen Planungs- und Investitionssicherheit gewährleistet werden. Wasserrechte müssen wieder für die früher üblichen langen Zeiträume erteilt werden.**
- **Die Transformation von bestehenden Papier- und Zellstofffabriken löst oft Anpassungen bei wasserrechtlichen Nutzungen aus. Langwierige und komplizierte wasserrechtliche Genehmigungsverfahren verzögern diesen Prozess. Daher sollte im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die „unwesentliche Änderung“ im Anzeigeverfahren anstelle eines aufwendigen Genehmigungsverfahrens eingeführt werden.**
- **Zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit darf es keine über EU- oder Bundesrecht hinausgehenden zusätzlichen regionalen Mehrbelastungen geben. Regionale Vorgaben können massive Wettbewerbsnachteile verursachen.**

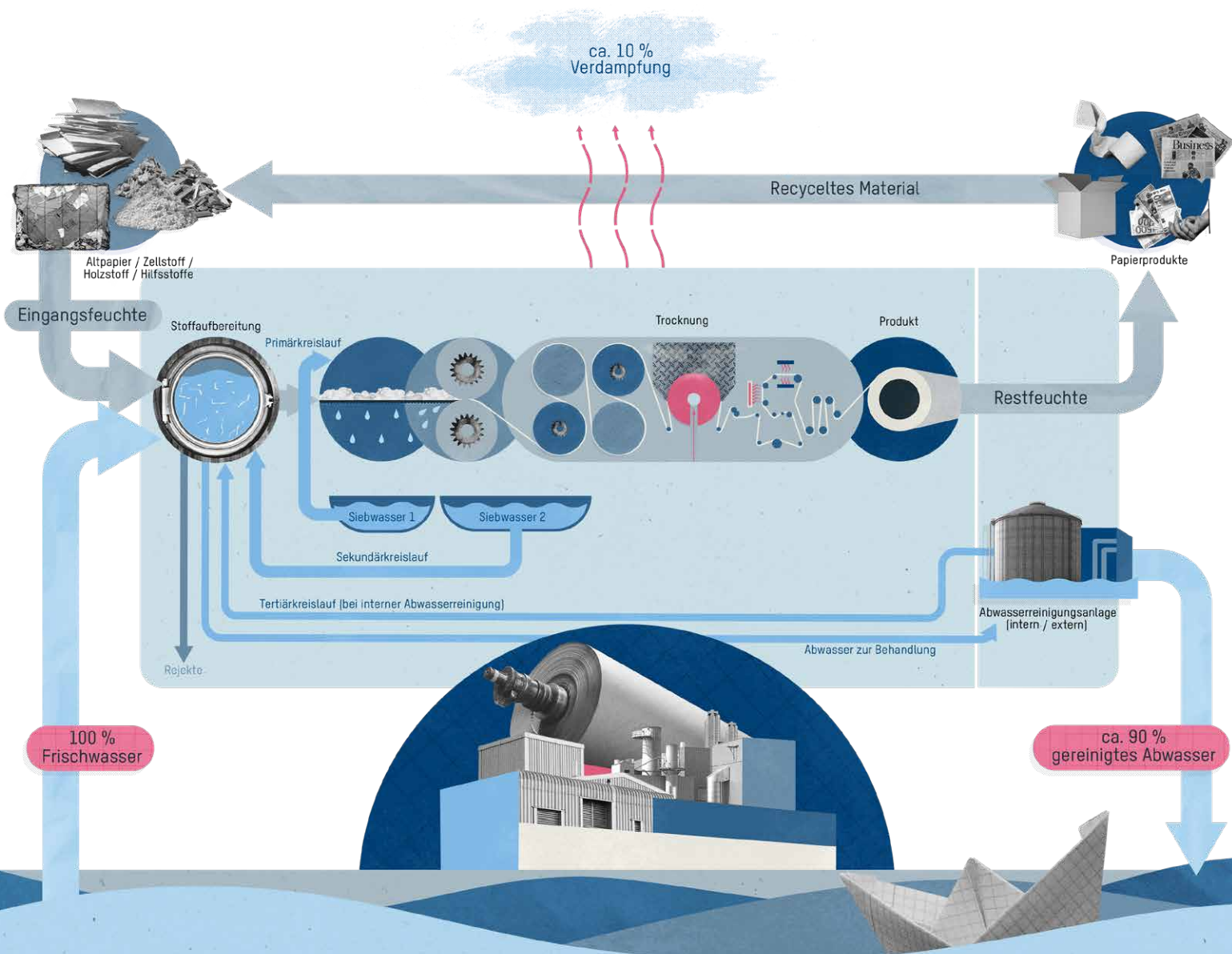
ANLAGENRECHT – WETTBEWERBS-FAHIGKEIT ERHALTEN

Für die Produktion und den Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit sind Unternehmen der Papierindustrie auf eine zügige und unbürokratische Genehmigung ihrer Industrieanlagen angewiesen. Zusätzliche Kosten für die Unternehmen und Bürokratie sind schädlich für den Wirtschaftsstandort.

SPEZIFISCHER WASSERBEDARF IN DER DEUTSCHEN PAPIER- UND ZELLSTOFFINDUSTRIE (IN LITER PRO KG PRODUKT)



DIE PAPIERINDUSTRIE (2023):
Wasser- und Rückstandsumfrage in der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie 2022.



DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF:

- Bei der Umsetzung der IED-Richtlinie in deutsches Recht sollte alles dafür getan werden, diese möglichst schlank (Eins-zu-eins-Umsetzung) und unbürokratisch vorzunehmen. Der Gesetz- und Verordnungsgeber sollte alle nationalen Umsetzungsspielräume nutzen, die die IED europarechtlich vorsieht. Er sollte sich dabei von der Maxime leiten lassen, möglichst wenige zusätzliche Belastungen für Behörden und Anlagenbetreiber einzuführen.
- Das neue Umweltmanagementsystem und seine Bestandteile – zum Beispiel der Transformationsplan oder das Chemikalienmanagement – sollten unbürokratisch und unter Verwendung bestehender betriebsinterner Prozesse und Dokumentationen angewendet werden dürfen. Bereits bestehende Managementsysteme (zum Beispiel ISO 14001 oder EMAS) sollten anerkannt werden.
- Jeglicher durch die IED bedingte zusätzliche bürokratische Aufwand für die Genehmigungsbehörden und die Anlagenbetreiber sollte durch Entlastungsmaßnahmen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Parallel zur IED-Umsetzung sollten auch Vorschläge zur weiteren Entbürokratisierung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vorgelegt, beschlossen und zügig umgesetzt werden.
- Die einzuhaltenden Grenzwerte für Industrieanlagen werden im sogenannten Sevilla-Prozess in den BVT-Merkblättern (beste verfügbare Techniken, BREFs) festgelegt. Der BVT-Prozess muss dringend optimiert werden.

ANERKENNUNG DER ZELLSTOFFFLAUGE IN DER BIOMASSEVERORDNUNG

Die Biomasseverordnung (BiomasseV) regelt, welche Stoffe als Biomasse bzw. als erneuerbare Energieträger und Rohstoffe gelten. Sie ist für das gesamte Energierecht und darüber hinaus die zentrale Referenz. Mit der Aufnahme der Zellstoffflauge in den Negativkatalog zur Biomassedefinition des § 3 BiomasseV wird seit 2017 die Zellstoffflauge nicht mehr als biogen anerkannt. Die Herstellung von Zellstoff nutzt den nachwachsenden, aber dennoch begrenzten Rohstoff Holz in stofflich-thermischer Kombination und damit mit höchster Effizienz. Da Holz biogen ist, ist auch die Zellstoffflauge zweifelsfrei biogen und muss entsprechend als Biomasse anerkannt werden.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- die Zellstoffflauge wieder als Biomasse anzuerkennen. Sie plädiert daher dafür, § 3 S. 1 Nr. 12 BiomasseV „Ablauge der Zellstoffherstellung“ zu streichen und die Biomasseeigenschaft für Zellstoffflauge wieder in Einklang mit der EU-Definition zu bringen.

4. ARBEITSBEZIEHUNGEN

Die in den sieben Landesarbeitgeberverbänden des Verbands DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. organisierten Papier-Arbeitgeber setzen auf eine starke Sozialpartnerschaft – ob betrieblich, regional, national oder europäisch. Mit einem der höchsten Organisationsgrade in Deutschland gestalten sie gemeinsam mit ihrem Sozialpartner IG BCE moderne Tarifverträge, die sowohl den Bedürfnissen der Mitarbeitenden als auch den Unternehmen gerecht werden. Qualifizierte, engagierte und gesunde Mitarbeitende sind der Schlüssel für die Zukunft der Papier- und Zellstoffindustrie, die sich mitten in umfassenden Transformationsprozessen befindet. Ein ausgewogenes und modernes Tarifsysteem wird dabei die Grundlage des Erfolgs bleiben. Der BildungsCampus im Papierzentrum in Gernsbach setzt zudem branchenübergreifend Maßstäbe in der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTPOTENZIALS:

Ein funktionierender und flexibler Arbeitsmarkt ist unerlässlich. Die Politik muss das inländische Potenzial ausschöpfen und gleichzeitig gezielte Zuwanderung fördern, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF

Veraltete Arbeitsrechtsvorschriften müssen dringend reformiert werden, um mehr Flexibilität und Eigenverantwortung für Unternehmen und Beschäftigte zu ermöglichen. Gleichzeitig muss die Zuwanderung von Fachkräften durch vereinfachte Visaverfahren und eine beschleunigte Anerkennung ausländischer Qualifikationen unterstützt werden, damit dem eklatanten Fachkräftemangel entgegen gewirkt werden kann.

MODERNISIERUNG DES BETRIEBS- VERFASSUNGSGESETZES:

Das Betriebsverfassungsgesetz muss an die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt angepasst werden.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. fordert die Anerkennung von Online-Sitzungen für Betriebsräte und flexiblere Regelungen, um schneller auf wirtschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Eine Ausweitung der Mitbestimmung wird abgelehnt, stattdessen sollten die bestehenden Mitbestimmungsrechte geprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden.

MEHR FLEXIBILITÄT BEI ARBEITSZEIT UND FRÜHVERRENTUNG:

Das derzeitige Arbeitszeitgesetz, das von einem Acht-Stunden-Tag ausgeht, entspricht nicht mehr den Anforderungen der modernen Arbeitswelt. Die Papier- und Zellstoffindustrie als Durchfahrindustrie benötigt flexiblere Arbeitszeiten.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. fordert daher im Sinne der europäischen Arbeitszeitrichtlinie eine Wochenbetrachtung der Arbeitszeit statt der starren Tagesregelung. Auch die strikten Ruhezeiten müssen flexibler gestaltet werden. Die starren elf Stunden Ruhezeit behindern insbesondere kurzfristige Einsätze in der Instandhaltung. Erforderlich ist eine praxisnahe Anpassung, die flexible Gestaltungsmöglichkeiten nach einer ununterbrochenen Ruhezeit von sechs Stunden ermöglicht. Steuer- und abgabenfreie Mehrarbeitsprämien sollten eingeführt werden. Zudem wird die Abschaffung der abschlagsfreien „Rente mit 63“ gefordert. Um den demografischen Wandel zu bewältigen, muss es möglich sein, über das Regelrentenalter hinaus zu arbeiten. Sofern keine Leistungen mehr erbracht werden, sollten auch die Arbeitgeber keine Beiträge mehr für Arbeitslosen- und Rentenversicherung zahlen müssen.

ATTRAKTIVITÄT VON SCHICHTARBEIT UND MOBILEM ARBEITEN ERHALTEN:

Schichtarbeit ist für die Papier- und Zellstoffindustrie unerlässlich. Die steuer- und sozialversicherungsfreien Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit müssen erhalten bleiben. Mobiles Arbeiten hat sich während der Coronakrise bewährt und ermöglicht sowohl eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie als auch Flexibilität für die Arbeitgeber.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. fordert, dass mobiles Arbeiten nicht gesetzlich reguliert wird, um diese Flexibilität zu bewahren. Es sollte jedoch klargestellt werden, dass mobiles Arbeiten nicht in den Anwendungsbereich der Arbeitsstättenverordnung fällt, sofern es an frei gewählten beliebigen Orten erbracht wird. Das Prinzip der „doppelten Freiwilligkeit“ – also der freiwilligen Einigung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten – muss erhalten bleiben.

TEILZEIT- UND BEFRISTUNGSRECHT ANPASSEN:

Die bestehenden Teilzeitregelungen müssen überdacht werden, um Arbeitgebern mehr Planungssicherheit zu geben. Das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit wird abgelehnt. Zudem sollte das Befristungsrecht flexibilisiert werden, insbesondere durch die Streichung des Vorbeschäftigungsverbots bei sachgrundloser Befristung. Auch die Höchstüberlassungsdauer bei Zeitarbeit sollte aufgehoben werden.

NACHHALTIGKEIT DURCH LEBENSLANGES LERNEN:

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzt die Papier- und Zellstoffindustrie auf eine frühzeitige Berufsorientierung und die Förderung von MINT-Kompetenzen in Schulen. Die Herausforderungen durch Klimawandel, Digitalisierung und demografischen Wandel erfordern kontinuierliche Weiterbildung. Lebenslanges Lernen und der Ausbau von MINT-Kompetenzen sind daher entscheidend. Unternehmen, die in die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investieren, sollten steuerlich entlastet werden.

SOZIALSTAAT ZIELGERICHTET GESTALTEN:

Ein starker Sozialstaat ist Kern der sozialen Marktwirtschaft, die Marktfreiheit und sozialen Ausgleich verbindet und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Er muss jedoch effizient und fokussiert sein, um Teilhabe und Eigenverantwortung zu fördern. Gleichzeitig muss das Sozialsystem finanzierbar bleiben, da steigende Sozialversicherungsbeiträge Beschäftigte und Arbeitgeber stark belasten und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Ein weiterer Anstieg ist zu verhindern. Der Beitrag darf dauerhaft 40 Prozent nicht überschreiten, um Arbeit attraktiv und den Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten.

BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE VERBESSERN:

Die betriebliche Altersvorsorge ist ein wichtiger Bestandteil des Alterssicherungssystems in Deutschland. Arbeitgeber finanzieren nach wie vor den Großteil der betrieblichen Altersvorsorge. Um eine weitere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge zu erreichen, muss diese zwingend freiwillig bleiben. Statt obligatorischer Regelungen sollten die Rahmenbedingungen verbessert werden. Eine Minimierung des administrativen Aufwands und Reduzierung von Haftungsrisiken für die Arbeitgeber sind hier notwendig.

SCHUTZ DER KOALITIONSFREIHEIT:

Die Tarifbindung variiert aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit und der unterschiedlichen Strukturen der Branchen. Diese Unterschiede werden jedoch bei Diskussionen zur Tarifbindung oft ignoriert. Arbeitgeber, die verantwortungsvoll handeln und mit ihren Sozialpartnern faire Lösungen erarbeiten, geraten pauschal in Kritik. Die Papier-Arbeitgeber lehnen daher ein Tariftreuegesetz auf Bundesebene ab und fordern stattdessen die Stärkung der Sozialpartner in der Mindestlohnkommission sowie den Tarifausschüssen. Die bestehenden Regelungen in § 613a Bürgerliches Gesetzbuch bieten bereits einen verlässlichen Rahmen bei Betriebsübergängen. Weitere Forderungen nach einer Ausweitung tariflicher Regelungen bei Umstrukturierungen sowie ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften werden abgelehnt, da das Prinzip der Individualklage Vorrang hat.

GEMEINSAME EUROPÄISCHE ARBEITS- UND SOZIALSTANDARDS:

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V. setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in der Praxis gelebt werden kann, und fordert daher, dass bestehende bürokratische Hindernisse für grenzüberschreitende Tätigkeiten beseitigt werden. Dies umfasst zum Beispiel die Vereinfachung und Digitalisierung der Verfahren zur Entsendung von Erwerbstätigen ins europäische Ausland. Ein europäischer Mindestlohn wird dagegen abgelehnt.

5. WIRTSCHAFT

PAPIER INNOVATIV – ZUKUNFTSCHANCEN NUTZEN

Die Papier- und Zellstoffindustrie ist eine innovative Branche, die ihre Produkte ständig weiterentwickelt und für neue Anwendungen einsetzbar macht. Dafür investiert die Branche kontinuierlich in Forschung und Entwicklung. Mit ihren faserbasierten Produkten leistet sie einen beispielhaften Beitrag für die Kreislaufwirtschaft.



DIE PAPIER-INDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **die Papier- und Zellstoffproduktion als Wirtschaftsaktivität, die den Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft unterstützt, anzuerkennen und sie in den delegierten Rechtsakten der Taxonomie zu berücksichtigen, damit der Zugang zu öffentlichen und privaten Finanzierungen gewährleistet ist. Nur so werden Unternehmen der Papier- und Zellstoffindustrie in die Lage versetzt, die Forschung in neuen Geschäftsfeldern voranzutreiben und damit einen weiteren Beitrag zur Schonung endlicher Ressourcen zu leisten.**

PLANUNGSSICHERHEIT – WIEDER ALS MASSSTAB FÜR POLITIKGESTALTUNG ZUGRUNDE LEGEN

Eine nachhaltige Entwicklung unseres Industrienetzwerkes setzt regelmäßige Investitionen sowohl in neue Anlagen, in die Modernisierung bestehender Anlagen wie auch in Forschung und Entwicklung voraus. Dies gilt gerade für die Papier- und Zellstoffindustrie als kapitalintensive Branche. Unternehmen werden nur dann investieren, wenn sie abschätzen können, dass ihre Investitionen wirtschaftlich sind. Planungssicherheit ist daher ein zentraler Erfolgsfaktor für eine sich kontinuierlich modernisierende und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhaltende Industrie. Fehlende Planungssicherheit beschädigt die Zukunftsfähigkeit unseres Industrienetzwerkes und damit die ökonomische Basis unserer Gesellschaft in Deutschland.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

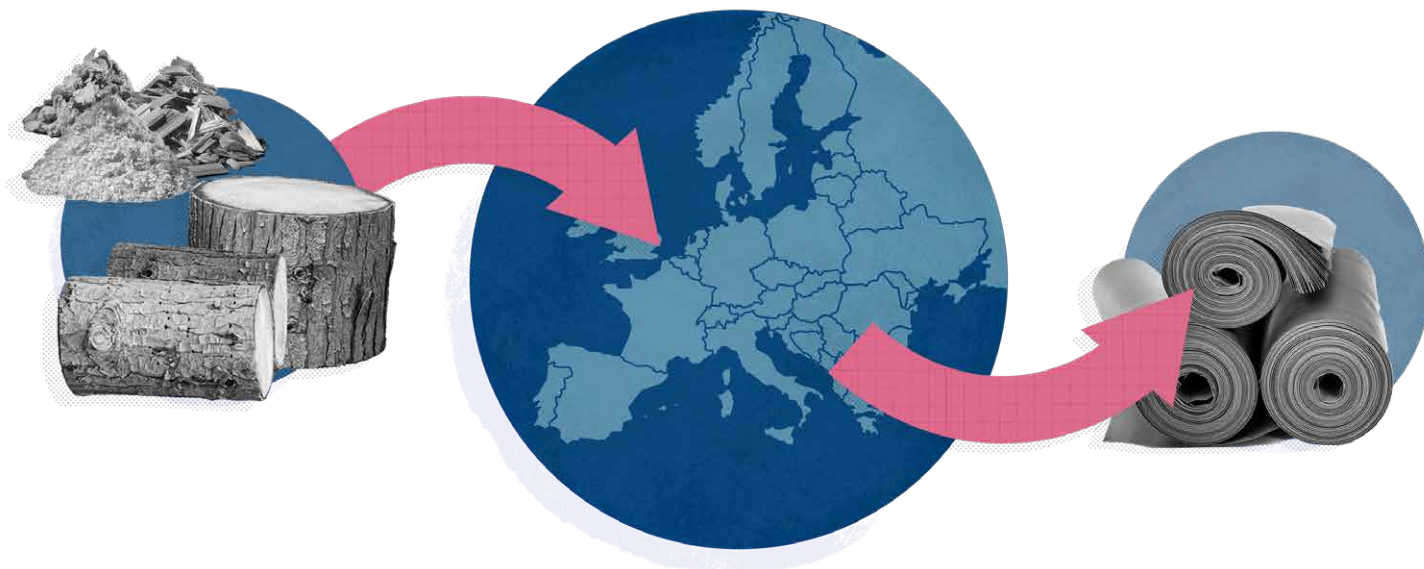
- **alle Regelungen so zu treffen, dass die Planungssicherheit für die Unternehmen erhöht wird.**

INVESTITIONEN FÖRDERN – GENEHMIGUNGSVERFAHREN ERLEICHTERN

Zunehmend lassen sich industrielle Investitionsprojekte nur verzögert oder gar nicht realisieren. Schwierige und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung hemmen Investoren, stärker in Deutschland zu investieren. Deutschland muss sich wieder bewusst werden, welche Rolle die industrielle Produktion in seinem Land spielt. Verfahren und Projekte müssen wieder zügiger umsetzbar sein. Am Ende von Planungsvorhaben muss eine verbindliche Entscheidung stehen, auf die Investoren vertrauen können.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **eine flexible und positive Genehmigungspraxis für Industrieanlagen zu unterstützen und die Akzeptanz von industrieller Produktion insgesamt zu stärken. Das Verbandsklagerecht für Umweltschutzverbände muss dahingehend reformiert werden, dass nur noch unmittelbar betroffene Interessengruppen Einspruchsmöglichkeiten gegen industrielle Projekte haben.**



ÜBERBORDENDE BÜROKRATIE – ENDLICH ABBAUEN UND DIE STANDORTQUALITÄT STÄRKEN

Ausufernde Bürokratie behindert Unternehmen aller Größen und ist eine enorme Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Belastungen durch steuer-, sozial- oder umweltrechtliche Vorgaben und Berichtspflichten steigen immer weiter an. Laut dem nationalen Normenkontrollrat stagnieren die Kosten für den bürokratischen Erfüllungsaufwand auf dem sehr hohen Niveau von insgesamt 27,1 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommt, dass Deutschland – zum Beispiel als Konsequenz aus dem Green Deal – eine Vielzahl an EU-Regulierungen umsetzen muss. Diese Umsetzungen werden nicht von der 2015 eingeführten nationalen „Bürokratiebremse“ umfasst.

Zurzeit stellt insbesondere die Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Rahmen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) die betroffenen Unternehmen vor große Herausforderungen. Durch die hohe Komplexität der Berichtspflichten müssen deutsche Unternehmen enorme personelle und finanzielle Kapazitäten aufbringen. Die Wertschöpfung der Papier- und Zellstoffindustrie wird belastet und der Fachkräftemangel zusätzlich verstärkt. Die Wachstumsinitiative der amtierenden Bundesregierung zeigt beim Thema Bürokratieabbau sehr vorsichtig in die erste richtige Richtung, aber es sind weitere, entschlosseneren Maßnahmen notwendig, um den Standort Deutschland wirtschaftlich wieder zu stärken. Allein die Umsetzung der CSRD reduziert die Entlastungen der Wirtschaft bei ihrem jährlichen Erfüllungsaufwand von über drei Milliarden Euro auf nur noch 433 Millionen Euro.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- die „One in, one out“-Regel im Rahmen der nationalen Bürokratiebremse zu einer „One in, two out“-Regel auszuweiten, sodass die Bürokratielasten spürbar sinken und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt wird.
- die Umsetzung von EU-Recht in der nationalen Bürokratiebremse zu berücksichtigen, sodass eine realistische Bürokratiekostenmessung möglich wird.
- doppelte oder gleich gelagerte Berichtspflichten für Unternehmen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität, zu vermeiden. Berichtsstandards sollten angeglichen und so vereinheitlicht werden, dass eine übergreifende Berichterstattung möglich wird.
- sich auch auf europäischer Ebene für den Abbau überbordender Bürokratie einzusetzen, sodass zusätzliche Berichtspflichten nur eingeführt werden, wenn im selben Schritt bestehende Verpflichtungen in gleichem Umfang – sowohl finanziell als auch personell – abgebaut werden.
- sich konsequent an die Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Gesetzesinitiativen zu halten und Vorschläge der EU-Kommission streng auf deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu prüfen.
- verstärkt Sunset-Klauseln einzusetzen, um die Wirksamkeit von Regulierungen regelmäßig zu überprüfen und unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

STEUERPOLITIK – WETTBEWERBSFÄHIGE STEUERLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND LOHNZUSATZKOSTEN

Seit mehr als 15 Jahren herrscht in Deutschland steuerpolitischer Reformstillstand. Politische Entscheidungen haben sogar zu Mehrbelastungen der Unternehmen geführt. Dabei ist Steuerpolitik auch Standortpolitik. In anderen Industrienationen wie zum Beispiel den USA oder Großbritannien wurde die nationale Steuerpolitik hingegen zur Stärkung der heimischen Wirtschaft eingesetzt. Auch in Deutschland ist es dringend notwendig, die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen zu reduzieren und somit den Industriestandort Deutschland international wettbewerbsfähiger zu machen. So liegt die durchschnittliche Ertragssteuerbelastung von Kapitalgesellschaften mittlerweile bei über 30 Prozent

und zählt damit zu den höchsten weltweit. Den Vorschlag der Expertenkommission „Vereinfachte Unternehmenssteuer“, die Unternehmensbesteuerung in Deutschland auf maximal 25 Prozent zu begrenzen, begrüßt die Papier- und Zellstoffindustrie ausdrücklich. Zusätzlich zur Höhe der Unternehmenssteuern führen Verschärfungen bei den Dokumentationsanforderungen und Berichtspflichten – wie bspw. das Country-by-Country-Reporting – zu erheblichen bürokratischen Mehrbelastungen der deutschen Unternehmen. Zudem sind auch wettbewerbsfähige Lohnzusatzkosten ein wesentlicher Standortfaktor.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **nach Jahren des Reformstillstandes endlich die strukturelle Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts anzugehen. Wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und attraktive Investitionsbedingungen sind ein wesentlicher Standortfaktor für Industrieunternehmen in Deutschland.**
- **den Abbau der Steuerbürokratie und behördlicherseits die verstärkte Nutzung der Digitalisierung voranzutreiben. Hierzu gehören auch eine Vereinfachung des Steuer- und Verfahrensrechts sowie der Ausbau zeitnaher und effizienter Betriebsprüfungen.**
- **die Beitragssumme in der Sozialversicherung auch in Zukunft stabil unter 40 Prozent zu halten.**

6. LOGISTIK

CO₂-EINSPARUNG IN DER LOGISTIK – LKW-GESAMTGEWICHT AUF 44 TONNEN ANHEBEN

Deutschland muss seine Treibhausgasemissionen senken, um die Klimaschutzziele einzuhalten. Allein im Verkehrssektor müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um die Hälfte gegenüber 1990 gesenkt werden. Durch eine Anhebung des zulässigen Lkw-Gesamtgewichts auf das heute bereits im kombinierten Verkehr erlaubte Niveau von 44 Tonnen könnten jährlich mehrere Millionen Transporte und damit erhebliche Mengen CO₂ eingespart werden. Gleiches gilt für den Einsatz von Lang-Lkw.



DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **das zulässige Lkw-Gesamtwicht an die Anforderungen der Verlader anzupassen, damit die vorhandenen Kapazitäten im Straßengüterverkehr effizienter genutzt, unnötige Transporte vermieden und CO₂-Emissionen eingespart werden können.**

SCHIENENGÜTERVERKEHR – BEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Papier- und Zellstoffindustrie ist bestrebt, wann immer möglich Transporte über die Bahn abzuwickeln. Ziel ist eine weitere Verlagerung von Papiertransporten von der Straße auf die Schiene. Allerdings sind die Voraussetzungen für eine Neuausrichtung der Logistikkonzepte und eine effiziente Nutzung des Schienengüterverkehrs nur unzureichend gegeben.

DIE PAPIERINDUSTRIE FORDERT DIE POLITIK AUF,

- **die Qualität und Zuverlässigkeit des Einzelwagenverkehrs zu verbessern. Außerdem ist ein ausreichendes Netz von Gleisanschlüssen und multimodalen Logistikknoten notwendig, damit die Papier- und Zellstoffindustrie einen Beitrag zur Verkehrsverlagerung leisten kann.**

NACHHALTIGE PAPIERPRODUKTE FÜR JEDEN TAG

Von Toilettenpapier über Zeitungen bis hin zu innovativen Verpackungslösungen: Papier ist ein wesentlicher Bestandteil unseres täglichen Lebens. In Deutschland werden jährlich **18,6 Millionen Tonnen Papier** in 3.000 unterschiedlichen Sorten produziert. Die jährliche Produktionsmenge teilt sich zwischen den Sorten prozentual wie folgt auf:

Hygienepapiere sind ein unverzichtbarer Teil unserer täglichen Hygiene und schützen unsere Gesundheit. Damit sind diese Papiere auch im medizinischen Bereich lebensnotwendig. Rund 140 Rollen Toilettenpapier werden in Deutschland pro Person pro Jahr benötigt (Statista 2018).

Spezialpapiere sind besonders vielfältig einsetzbar und werden für die unterschiedlichsten Anwendungen produziert: ob für den heimischen Bedarf als Kaffeefilter, Teebeutel oder als Etiketten und Banknoten. Selbst als Tapeten und als Beschichtung für Möbel begegnet uns Papier jeden Tag. Als Isolierpapier für elektrische Bauelemente trägt Papier zur Energiewende bei.

Über 40 Millionen Menschen informieren sich täglich über **Grafische Papiere**, zum Beispiel über die gedruckte Tageszeitung. Jeder zweite Deutsche gibt an, Bücher am häufigsten in gedruckter Form zu lesen. Damit sichert Papier die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen jeden Alters.

In den vergangenen Jahren haben die **Verpackungspapiere** die grafischen Papiere als ehemals größte Sortengruppe abgelöst. Lebensmittel- und Versandverpackungen schützen wertvolle Produkte und gewährleisten die sichere Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Faserbasierte Verpackungen ersetzen zunehmend Verpackungen auf fossiler Basis.

IMPRESSUM

DIE PAPIERINDUSTRIE e. V.
Markgrafenstraße 19
10969 Berlin

VERANTWORTLICH
Alexander von Reibnitz
Sibylla Margarethe Jenner

www.papierindustrie.de
info@papierindustrie.de

Stand: November 2024

